

PRESSEMITTEILUNG #525-28.02.2023

Martin Habersaat

Noch ist die Lösung nicht so groß wie das Problem

Zum heute von Bildungsministerin Prien vorgestellten „Februarpaket aus dem Handlungsplan Lehrkräftegewinnung“ erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Martin Habersaat:

„Laut dem letzten Bericht zur Unterrichtssituation ist etwa jede zehnte Lehrkraft an den Schulen in Schleswig-Holstein keine fertig ausgebildete Lehrkraft. 6,9 Prozent der Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. An Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe sind es 8,5 Prozent und an Grundschulen sogar 14,1 Prozent.

Vor diesem Hintergrund muss man konstatieren: Das erste von drei Paketen, die Ministerin Prien vorlegt, ist noch nicht so groß wie das Problem.

Wenn Frau Prien angehende Studierende jetzt intensiv in Bezug auf die Schulartwahl beraten und den „Quereinstieg“ vom Gymnasium an die Gemeinschaftsschule ermöglichen will, löst sie damit ein Problem teilweise, das sie selbst verursacht hat. Es war die Ministerin Prien, die die Ausbildung von Gymnasial- und Gemeinschaftsschullehrkräften gegen den Rat vieler Fachleute wieder trennte. Höchste Zeit wird es für ein Begleitkonzept für Studierende an Schulen. Vor allem Studierende, teilweise sogenannte ‚Nullsemester‘, die bereits als Vertretungslehrkraft arbeiten, brauchen diese Unterstützung. Manche dieser Kräfte unterrichten 15 Stunden in der Woche und mehr, ohne entsprechend unterstützt zu werden. Oftmals leisten Lehrkräfte diese Hilfe in ihrer Freizeit. Dafür brauchen aber die Schulen dringend zusätzliche Ressourcen, die ihnen Ministerin Prien seit sechs Jahren verweigert.

Zwei Bausteine werden für die künftigen Pakete unerlässlich sein: Erstens ein Blick auf die tatsächlichen Arbeitsbelastungen der Lehrkräfte. Es wird manche geben, die ihr Stundenkontingent gegen Bezahlung freiwillig aufstocken, aber in der Mehrheit berichten uns Schüler*innen, Eltern und Lehrkräfte: Es muss auch um Entlastungen gehen. Umso bedauerlicher, dass CDU und Grüne den SPD-Antrag zur Entlastung von Klassenlehrkräften im Landtag abgelehnt haben und eine Anhörung zu diesem Thema scheuten. Zweitens: Wir brauchen Weiterbildungsperspektiven für die vielen Vertretungslehrkräfte an den Schulen, die momentan nach fünf Jahren wieder gehen müssen, damit sie sich nicht in eine unbestimmte Anstellung klagen. Und für Menschen in einem gewissen Lebensalter muss Hochschulen und IQSH da mehr einfallen als nach das Nachholen eines Studiums. Es müssen realistische, berufs begleitende Lösungen her.“